

Juli 2007

Sich selbst der Illusion hinzugeben oder den Versuch zu unternehmen, den öffentlichen Meinungen vorzugaukeln – wie dies die Staats- und Regierungschefs am 21/22 Juni in Brüssel getan haben –, dass die Wiederbelebung Europas von der Annahme eines im Vergleich zu dem Verfassungsvertrag mehr oder weniger vereinfachten Reformvertrags abhängt, bedeutet, die tiefen Ursachen der Ohnmacht Europas zu unterschätzen. Diese wurzeln darin, dass die Möglichkeiten des Einigungsprozesses im Rahmen der Europäischen Union inzwischen erschöpft sind, wie dies die Rückschläge in den Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten deutlich machen, die immer weniger der europäischen Vision einer gegenseitigen Integration anhängen, sondern statt dessen immer stärker von den Entscheidungen der USA, neuerdings wieder Russlands und inzwischen auch Chinas in militärischen und energiepolitischen sowie in Handels- und Währungsfragen abhängen.

Die bestürzende Tatsache, die durch den Verlauf und die Ergebnisse der letzten Tagung des Europäischen Rates eine Bestätigung erfuhr, besteht darin, dass die Europäer anscheinend nicht gewillt oder nicht in der Lage sind, eine neue Phase einzuleiten, um dem Einigungsprojekt wieder eine Zukunft zu geben, auch wenn sie wissen müssten, dass sich durch ihre Untätigkeit auch die nationalen politischen Strukturen verschlechtern und die politische Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der Europäer auf internationaler Ebene beschädigt werden. In diesem Zusammenhang ist es kein Zufall, dass die Exponenten der großen außereuropäischen Kontinentalstaaten die Abgesandten der europäischen Institutionen oder der einzelnen Staaten immer häufiger mit derselben Herablassung behandeln, die auch die Botschafter der zwar noch wohlhabenden, aber bereits ohnmächtigen italienischen Kleinstaaten des sechzehnten Jahrhunderts von den Königen Frankreichs und Spaniens zu spüren bekamen und von der Machiavelli in seinen Schriften Zeugnis abgelegt hat.

Angesichts dessen ist es sinnvoll, den Fachleuten die Prüfung der mutmaßlichen Fort- und Rückschritte sowie der unvermeidlichen *leftovers* und Anwendungsprotokolle zum neuen Vertrag zu überlassen und den Regierungen und ihren Experten die Aufgabe zu übertragen, sich aus dem institutionellen Durcheinander herauszuwinden, das sie selbst mit heraufbeschworen haben. Die Machtfrage, die es zu klären gilt, ist eine andere: es handelt sich darum, Europa möglichst bald mit dem Mindestmaß an Machtbefugnissen auszustatten, das erforderlich ist, um die europäischen Länder aus der Spirale von Niedergang und Ausgrenzung herauszuführen, in die sie seit Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts geraten sind.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und nach dem Beschluss, die europäische Währung einzuführen, sahen sich die politischen Klassen und die Regierungen der westeuropäischen Länder – und an erster Stelle die der Gründerstaaten – vor die Wahl gestellt, entweder eine schwierige, aber mögliche Operation zu Ende zu führen, nämlich die europäische Föderation zu schaffen, oder sich darauf zu beschränken, die Ereignisse, die auf die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder hinausliefen, einfach hinzunehmen und die Quadratur des institutionellen Kreises einer Europäischen Gemeinschaft zu versuchen, die inzwischen keine Grenzen mehr hat. Eine Entscheidung für die erste Option hätte eine mutige und weitsichtige Initiative für die Gründung eines ersten föderalen Kerns in Europa nach sich gezogen. Diese Entscheidung ist nicht getroffen worden, und dies ist der Grund dafür, dass die Europäer sich gezwungen sehen, die unvermeidlichen Folgen passiv über sich ergehen zu lassen, die zum einen aus der Verwässerung der Europäischen Union zu einer Freihandelszone resultieren und zum anderen mit einer Öffnung der nationalen Märkte verknüpft sind, die nicht mit einer europäischen Zuständigkeit für die Bereiche Wirtschaft und Währung einhergeht.

Die Verantwortung für diesen schwer wiegenden politischen Irrtum, der mit der Zeit auch ein nicht wieder gutzumachender historischer Irrtum werden könnte, liegt in erster Linie bei den Regierungen und den politischen Klassen der Gründerstaaten, denen schon damals hätte klar sein müssen, dass die Föderation kein Ziel mehr ist, das in ferner Zukunft liegt und erst nach irgendeinem weiteren Schritt nach vorne zu erreichen wäre, wenn die Zeiten vielleicht irgendwann eher reif dafür wären: im Gegenteil, der föderale Sprung im europäischen Integrationsprozess war bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre – und ist es heutzutage umso mehr – das einzige Instrument, um den globalen Herausforderungen zu begegnen, mit denen die europäischen Länder konfrontiert waren und sind. Die Ereignisse der letzten Jahre haben die Schwere jenes Irrtums bestätigt und die

Widersprüchlichkeiten eines Systems aufgezeigt, das formal weiterhin auf Einheit ausgerichtet, in Wirklichkeit aber in Bezug auf die entscheidenden Bereiche nach wie vor gespalten ist. Wie die abgestufte Integration auf verschiedenen Gebieten und die Nicht-Einhaltung getroffener Vereinbarungen – etwa im Falle des Stabilitätspaktes – zeigen, kann sich die Europäische Union als solche nicht homogen und kohärent weiterentwickeln und kann auch keine Föderation aus ihr erwachsen. Darüber hinaus beweist die Tatsache, dass die geopolitischen Visionen der beiden für die Zukunft Europas wichtigsten Länder, nämlich Frankreichs und Deutschlands, im Zuge der weltweit entstandenen neuen Gleichgewichte und Kräfteverhältnisse begonnen haben auseinanderzudriften – wie einerseits das zweifelhafte Krisenmanagement bei Airbus, Galileo und Euronext und andererseits die Versuche dieser beiden Länder verdeutlichen, sich in Mittel- und Osteuropa bzw. im Mittelmeerraum jeweils eine privilegierte Rolle zu sichern –, dass die Zeit bereits *gegen* und nicht *für* die europäische Einheit arbeitet.

Was getan werden müsste, um einen Kurswechsel zu vollziehen, ist mindestens seit den 50er Jahren bekannt, als die Entscheidung zwischen einem großen und einem kleinen Europa lediglich eine Entscheidung für ein Europa mit oder ohne einen einzigen Staat, nämlich Großbritannien, war. Heute ist die Lage nur dem Anschein nach komplizierter, der Kern des Problems ist derselbe: die Gründerstaaten, deren Regierungen und öffentliche Meinungen seit langem ein stärker geeintes und handlungsfähiges Europa befürworten, müssten sich ausgehend von Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien im Rahmen eines Föderalen Paktes unverzüglich verpflichten, eine Verfassungsgebende Europäische Versammlung einzuberufen, die den Auftrag hätte, die Verfassung eines Europäischen Bundesstaates auszuarbeiten.

In welchem Zeitrahmen dies erfolgen könnte, ist rasch gesagt: sobald der Pakt festgeschrieben wäre, würden wenige Monate genügen, um die Verfassung des neuen Europas auszuarbeiten. Und im Verlauf einiger weiterer Monate könnte die Ratifizierung durch die verschiedenen Staaten erfolgen und die Schaffung der in der Verfassung vorgesehenen Institutionen eingeleitet werden, denen die Aufgabe zufiele, zusammen mit den Institutionen der Europäischen Union das neue Beziehungsgeflecht untereinander zu regeln. Bis 2009 könnte somit der erste Kern eines Bundesstaates entstehen, der all den Staaten offen stünde, die nachfolgend beitreten möchten. Diesbezüglich sei bemerkt, dass die Aussicht auf die Schaffung dieses ersten Kerns – der nicht teilen kann, was bereits geteilt ist, wie diejenigen bezeugen, denen mehr die Verteidigung der inzwischen schwachen einzelstaatlichen Souveränität als der Aufbau Europas am Herzen liegt, der jedoch vielmehr den Weg hin zur tatsächlichen Einheit weist – mehr als jede andere feierliche Erklärung, jeder andere Akt oder jedes andere Protokoll dazu beitragen würde, bei der Aushandlung der institutionellen Struktur der Europäischen Union der vielen ehrgeizigere Ziele anzustreben: erstmals seit der deutschen Wiedervereinigung müsste die Europäische Union nämlich ihre internen Beziehungen angesichts der Gründung eines neuen Staates neu definieren, der das Ergebnis der Einigung und nicht der Auflösung zuvor bestehender Staaten ist. Diese Neugründung würde *de facto* und nicht nur mit Worten erfolgen – wie dies über Jahre hinweg, nämlich in der Phase der Gestaltung des Prozesses der Erweiterung-Vertiefung Europas nach Ende des Kalten Krieges, der Fall war.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Staaten und die politischen Klassen, die sich an die Spitze einer solchen Initiative stellen müssten, den Mut und den Willen haben, eine derartige Entscheidung unverzüglich zu treffen. Ungeachtet dessen wäre es aber ihre Pflicht, diese Entscheidung zu treffen, die einzig und allein von ihnen abhängt. Solange die Gründerstaaten oder zumindest einige von ihnen diese Verantwortung jedoch nicht auf sich nehmen, lässt sich schon jetzt mühelos voraussehen, dass die Gegner Europas, d. h. diejenigen, die klar das Ziel vor Augen haben, die nationale Souveränität und die nationalen Machtbefugnisse zu verteidigen, leichtes Spiel haben werden, um sich zu verbünden, den Prozess der europäischen Integration weiter zu verwässern und die Form und den Inhalt all dessen, was auch nur auf das Entstehen eines mit Machtbefugnissen ausgestatteten Europas hindeuten könnte, jeglicher Bedeutung zu berauben, so wie sie es bereits mit der Korruption der Begriffe "Union" und "Verfassung" getan haben.

Dies alles bedeutet nun wiederum ganz und gar nicht, dass die Zeit, die für die Schaffung Europas zur Verfügung steht, abgelaufen ist, sondern vielmehr, dass die Europäer sich dringend die Tatsache bewusst machen müssen, dass keine weiteren Fortschritte beim Aufbau eines mit Machtbefugnissen ausgestatteten und beschluss- und handlungsfähigen Europas erzielt werden können, wenn man nicht über den bestehenden Rahmen hinausgeht. In nächster Zukunft kann diese Sensibilisierung nur erfolgen, wenn die falschen Erwartungen an den neuen Vertrag als solche erkannt und angeprangert werden und wenn der Kampf für die Schaffung des ersten Kerns des Europäischen Bundesstaates neue Impulse erhält.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF Onlus, via Volta, 5 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org